



# Keine Hilfe für Textilarbeiter

## SPD. und Bürgerliche gegen Beseitigung des Massenelends in Schlefien Der „Vorwärts“ hebt, um abzulenkten, gegen den Genossen Wollweber

Der Hauptauschuss des Landtages befaßt sich am 14. Juni mit Anträgen zur Beseitigung des Massenelends in Schlefien. Obwohl auch die Presse der Regierungsparteien voll ist von Schilderungen des großen Elends in Ober- und Niederschlefien, enthielt doch die Weimarer Koalition bei diesen Beratungen recht drastisch ihre wertigen selbstlichen Frage.

Bereits im März d. J. hatte die kommunistische Fraktion einen Antrag eingebracht, zur Beseitigung der außerordentlichen Notlage unter den niederschlesischen Bergarbeitern und Bergwerksinvaliden den Betrag von 8 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

und durch die Kommunen so stellen zu lassen, daß auf den Kopf der Bergarbeiter eine Marklandsbeihilfe von 200 Mark entfällt. Dieser Antrag wurde von allen Parteien, von der SPD. bis zu den Deutschen Nationalen, abgelehnt.

Zur Beseitigung des aller schlimmsten Elends unter der wertigen Bevölkerung der Stadtgemeinde Langenbielau fordern die Kommunisten die Finanzierung des sofortigen Baues von 150 Arbeiterwohnungen durch den Staat. Auch dieser Antrag wurde von derselben Mehrheit abgelehnt. Ebenso der Antrag der Kommunisten, der von der Staatsregierung verlangt, sich dafür einzusetzen, daß jede materielle Verschlechterung unterbleibt und daß 10 Millionen Mark für Kindererziehungen noch für das laufende Rechnungsjahr bereitgestellt werden.

Vom Plenum des Landtages war dem Hauptauschuss außerdem der kommunistische Antrag zur Beratung überwiesen worden, nach dem die im Etat der staatlichen Vorkriegsmanufaktur vorgesehenen Gehaltsanteile nicht nur an Beamte, sondern auch an alle Arbeiter, Handwerker und Angestellten der Manufaktur zu gleichen Teilen aus-

gepagt werden sollen. Auch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Um die Aufmerksamkeit der proletarischen Öffentlichkeit von der Tatsache abzuwenden, daß die Sozialdemokratische Partei die kommunistischen Anträge zur Beseitigung der Not der hungernden Textilarbeiter und der Bergarbeiter niedergestimmt hat, verleumdete das Zentralorgan der SPD., der „Vorwärts“, unseren Genossen, Landtagsabgeordneten Wollweber, der als Antragsteller im Preussischen Landtag die kommunistischen Anträge begründete. Der „Vorwärts“ unterschob unserem Genossen Wollweber, daß er die kommunistischen Anträge als Agitationsanträge bezeichnet habe. Daran ist natürlich kein Wort wahr. Genosse Wollweber sagte den Sozialdemokraten, daß sie, die unsere kommunistischen Anträge immer als „Agitationsanträge“ bezeichnet, jetzt Gelegenheit hätten, unseren Anträgen zuzustimmen und das Elend der schlesischen Arbeiter zu mildern. Wenn sie das nicht tun, dann wird die kommunistische Partei in der Agitation den schlesischen Arbeitern diese Tatsache mitteilen und das arbeiterverräterische Treiben der SPD. anprangern. Ebenso erlogen ist die Behauptung des „Vorwärts“, daß der nachfolgende kommunistische Redner, Genosse Schulz, die Ausführungen des Genossen Wollweber irgendwie abgeschwächt oder eingeschränkt habe. Daran ist kein Wort wahr. Das Protokoll über die Rede zeigt, daß der „Vorwärts“ die Ausführungen des Genossen Wollweber entstellte, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Das wird ihm nicht gelingen. Sowohl die Bergarbeiter als auch die jetzt von der Geschäftsverwalterei vertretenen schlesischen Textilarbeiter wissen, daß die SPD. als Beauftragte der Schwerindustrie alles für das Truffkapital, aber nicht für die ausgebeuteten Proletarier bewilligt.

### Admiral Brünninghaus enthüllt:

## England billigt deutsche Marineaufrüstung zum Kampf gegen die Sowjetunion

Berlin, 17. Juni.

In der gestrigen Reichstagsitzung wurde die Aussprache zum Reichswehretel fortgesetzt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Leber erklärte im Auftrag seiner Fraktion, daß er der Groenerischen Begründung zum Ausbau der Reichswehr vollkommen zustimme und schloß mit dem Ruf: Es lebe die Republik und ihre Wehrmacht! Der Admiral a. D. Abgeordneter Dr. Brünninghaus stellte fest, daß eine englische Zeitschrift der Seemarineaufrüstung zugestimmt habe, und erklärte wörtlich: Es ist unser Ziel, mit unserer gesamten Marinepolitik dahin zu kommen, unsere Flotte so zu härten, daß sie die Ostseegewässer ohne fremde Hilfe beherrschen kann. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Komm.) Ferner, meine Herren Kommunisten, ist ja bekannt, daß England das Uebergreifen des Bolschewismus nach Europa verhindern will und auch verhindern wird das Uebergreifen des Bolschewismus auf die kolonialen Staaten. Darum gestatten uns die Engländer auch eine Flotte für die Ostsee. Die Sozialdemokraten sollen uns also nicht verwehren, was uns die Entente gestattet.

Im Auftrag der kommunistischen Fraktion bedien die Genossen Lippenberger, Schueller und Etoeder die imperialistische

Ausrüstungspolitik und das demagogische Spiel der Sozialdemokratie auf. (Wir werden die Reden morgen veröffentlichen.)

### Lösungsmanöver Macdonalds

Der „Vorwärts“ berichtet unter der Überschrift „Seemarineaufrüstung kommt“ von einer Unterredung zwischen dem neuen amerikanischen Vizepräsidenten General Dawes und dem britischen Ministerpräsidenten Macdonald, die am Samstag in Forres (Schottland) stattfand. Zur weiteren Lösung wird auch eine Meldung verbreitet, daß die fünf Kreuzer, die gemäß dem Programm des nächsten fiskalischen Jahres auf Kiel gelegt werden sollten, wegen der demnächst stattfindenden Besprechung zwischen Hoover und Macdonald zurückgestellt worden sind.

Wie zu erwarten war, hat Macdonald eine große „Ab-rüstungsaktion“ eingeleitet, die genau denselben Lösungscharakter trägt, wie die Abrüstungsaktion, und die den Zweck verfolgt, über den wahren Rüstungscharakter der alliierten Mächte hinwegzutäuschen.

## Flugzeugunglück im Vermeltanal

Sieben Todesopfer

London, 17. Juni.

Ein am Montagvormittag schiffsplanmäßig um 10.30 Uhr mit elf Reisenden, dem Piloten und dem Mechaniker an Bord, von Croft abgeflogenes Verkehrsflugzeug der Strecke London-Paris-Berlin sah sich drei Meilen von der englischen Küste entfernt zur Notlandung gezwungen. Während alle Meldungen noch bis zum späten Nachmittag von einem glatten Verlauf der Landung und Rettung sämtlicher Insassen sprachen, wird nun amtlich der Verlust von sieben Menschenleben bekanntgegeben.

Von den sieben bei dem Flugzeugunglück im Kanal ums Leben gekommenen Personen sind drei noch immer nicht geborgen. Die Meldungen über die Ursache des Unglücks sind noch sehr spärlich. Man nimmt an, daß die Verbindungsstange der beiden Motoren brach und

sie hierdurch außer Tätigkeit setzte. Klarheit werden jedoch erst die weiteren eingehenden Untersuchungen bringen. Die ersten Bilder zeigen jedoch, daß das Flugzeug fast zertrümmert ist und darauf auch die vielen Toten zurückzuführen sind.

Stuhm, 17. Juni.

Der berühmte Weltrekordflieger im Segelflug, Herbert Schulz, stürzte mit seinem Begleiter Kaiser am Sonntag bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals während der Umkreisung des Denkmals über Stuhm tödlich ab. Die Tragflächen des Flugzeuges lösten sich, und der Flugzeugtrumpf stürzte vor mehreren Tausend Zuschauern in die Tiefe. Die eine Tragfläche stürzte ins Wasser, die zweite fiel über den Häusern der Stadt herunter und konnte bisher noch nicht gefunden werden. Die Insassen des Flugzeuges waren sofort tot und schrecklich verstümmelt.

### Urteil im Zatsubowski-Prozess:

## Rogens zum Tode verurteilt

Konstanz, 17. Juni.

Nach Entgegennahme des Schlusswortes der Angeklagten zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Nach kurzer Zeit wurde folgendes Urteil verkündet: Es wird wegen Mordes verurteilt zur Todesstrafe der Angeklagte August Rogens, wegen Mordes erhält er ein Jahr sechs Monate Zuchthaus. Fritz Rogens erhält wegen Beihilfe zum Mord und Mordes eine Gefängnisstrafe von einem Jahr einem Monat. Der Angeklagte Blöder erhält ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, Frau Köhler neun Jahre Zuchthaus.

Der Vorsitzende begründete das Urteil wie folgt: Das Schwurgericht mußte die Bekundnisse der Angeklagten als wahr unterstellen, soweit sie sich selbst der Tat bezichtigten. Denn kein Angeklagter wird sich ohne Grund des Mordes bezichtigen. Die abweichenden Aussagen der Angeklagten seien unerschütterlich, weil schon eine lange Zeit nach der Tat verstrichen sei. Das Mibi von August Rogens sei nicht nachgewiesen.

Die Verurteilung August Rogens und der anderen Angeklagten ist zugleich die Selbstverurteilung der Klassenjustiz. Sie ist zugleich der indirekte Beweis der Unschuld Zatsubowitsch, wenn auch in der Verhandlung alles versucht wurde, den Justizmord an Zatsubowitsch zu vertuschen. Doch der wegen Mordes verurteilte Rogens seinerzeit Hauptkronzeuge gegen Zatsubowitsch war, ist allein schon die öffentliche Verurteilung der Justizbehörden. Die un-

wendige Folge muß nun die Anklage gegen den Oberstaatsanwalt Müller sein, gegen die Richter, die Zatsubowitsch zum Tode verurteilten, gegen die medienburgischen Minister.

### Noch ein Todesurteil

## Giftmordprozeß Richter

Unter größter Spannung wurde am Montag, gegen 11 Uhr abends, das Urteil gegen Dr. Richter gefällt. Wegen des an Frau Mertens begangenen Mordes wurde Richter zum Tode verurteilt und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt.

Der Arzt Dr. Richter in Bonn wurde beschuldigt, seine Geliebte, die verheiratete Frau Mertens, vergiftet und einen Selbstmord vorgetäuscht zu haben.

Die Zeugenernehmung gestaltete sich sehr interessant. Professor Hans Sch. aus Düsseldorf hat im August 1928 an Frau Mertens eine Unterleibsoperation vorgenommen. Frau Mertens hat ihm gesagt, daß die Ursache ihres Leidens auf eine Befehlsung von Dr. Richter zurückzuführen sei, der bei ihr im Jahre 1924 einen Eingriff

vorgenommen habe, und durch den sie auch schwanger geworden sei. Zeuge L., der Schwager der Frau Mertens, hat den Eindruck gehabt, daß Frau Mertens und Dr. Richter nachts zusammengewesen seien. Eine Frau W. berichtet, daß Frau Mertens ihr gesagt habe, Dr. Richter habe ihr zur Scheidung geraten. Frau Mertens habe auch gesagt, sie sei von Dr. Richter fürchtbar mißhandelt worden. In Godesberg habe er sie in den Rhein stoßen wollen. Frau Mertens habe ihr gegenüber nie Selbstmordabsichten geäußert, sie sei im Gegenteil sehr lebenslustig gewesen. Dr. W., praktischer Arzt in Reunlich, hat mit dem Angeklagten in der Drenklinik zusammen gearbeitet. Er schilderte Frau Mertens als eine vorrette Krankenpflegerin. Dr. Richter habe bei ihr einen Eingriff gemacht. Frau Mertens habe auch bei ihm Klage über Dr. Richter geltend und dabei erwähnt, daß seinerzeit Dr. Richter ihr gegenüber gut gewesen sei, während er sie heute vernachlässige.

Nach der Zeugenernehmung schilderte der Angeklagte zunächst, wie er zu dem Gift Strophantin gekommen sei. Das von ihm in der Adler-Apothek zu Bingen bestellte Strophantin sei ihm am 29. 11. ausgehändigt worden. Am 1. Dezember habe er es in seine Altentische gestellt, um sich zum Krankenhaus zu begeben. Frau Mertens hatte ihm zuvor einen Brief zukommen lassen, in dem sie über heftige Schmerzen klagte, und ihn bat, nach Bonn zu kommen. Er sei zu Frau Mertens gegangen. Sie habe verlangt, daß er sie untersuchen solle. Frau Mertens habe ihm auch erzählt, daß ein Staatsanwaltschaftsrat von B. sie nach der Düsseldorf-Operation nicht mehr heiraten wolle. Er habe eine Packung Pralinen, die er gekauft hatte, geöffnet, und Frau Mertens habe einige davon gegessen. Im Laufe der Unterhaltung sei sie wieder auf die Untersuchung gekommen. Schließlich habe er nachgegeben und die Untersuchung auch gewissenlich vorgenommen. Das sei gegen 23.30 Uhr gewesen. Fünf Minuten, nachdem Frau Mertens die Rüche verlassen hatte, sei sie zurückgekommen und habe ihm erklärt, es sei ihr so komisch. Er habe ihr dann geraten, sich etwas hinzulegen. Darauf habe sie geantwortet:

„Nein, es hat keinen Zweck, Du hast mich vergiftet!“

Er habe sie darauf für verrückt erklärt. Bei Frau. Mertens habe sich nun eine furchtbare Aufregung bemerkbar gemacht. Zunächst habe er geglaubt, daß sie nur Theater mache, um die Hausbesitzer aufmerksam zu machen. Er habe verlangt, daß sie zu einem von ihr zu bestimmenden Arzt gehe, da er den Vorwurf der Vergiftung nicht über sich ergehen lassen wolle. Frau Mertens habe jedoch größten Wert darauf gelegt, zu ihrem Verehrer, dem Staatsanwaltschaftsrat von B., zu kommen. Dann wollte sie noch einmal zu ihrem Kinde gehen, das sei ihr aber schon entgegengelassen gekommen. Sie habe zu dem Kinde gesagt: „Mutter muß sterben!“ Sie habe dann seine Sachen geholt und sei auf die Straße gegangen. Er sei ihr gefolgt, und es sei ihm aufgefallen, daß sie vornübergebeugt ging. Wiederholt habe er ihr geraten, doch die Klinik aufzusuchen, weil er inzwischen zu der Ansicht gekommen war, daß sie vielleicht doch Gift zu sich genommen habe. Schließlich hätten sie einen Krankwagen genommen und seien in Begleitung des Polizeisten Forster zur Klinik gefahren, wo Dr. Jakobl Frau Mertens untersucht habe. Dr. Jakobl habe dann erklärt, die mehrlinige Klinik komme nicht in Frage, Frau Mertens sei hysterisch. In der Nervenklinik habe man dann Frau Mertens aufgenommen. Als er, Richter, sich nach Hause begeben wollte, hätten ihn die Transportbegleiter darauf aufmerksam gemacht,

daß Frau Mertens im Sterben liege.

Als er in den Saal kam, sei sie bereits tot gewesen. Er sei dann zur Polizeiwache in die Breite Straße gegangen und habe dort die Todesnachricht überbracht. Auf seinen Wunsch sei der Polizeikommissar noch in der Nacht herbeigeholt worden.

Der Vorsitzende machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er im Laufe seiner Aussagen sehr verschiedene Aussagen gemacht habe. Das Gift Strophantin habe er dabei nicht genannt. Auf der Sache habe er etwas in den Ofen geworfen, das nach Ansicht eines Beamten einem Röhren ähnlich gesehen habe. Dr. Richter antwortete, seine verschiedenen Aussagen seien darauf zurückzuführen, daß er keine Zeit zur Ueberlegung gehabt hätte. Das Strophantin sei von ihm abtrotlich verschwiegen worden.

Frau Mertens müsse sich das Gift mittels Stuhlspährens selbst in den Darm eingeführt haben.

Dr. Richter wurde dann noch darauf aufmerksam gemacht, daß Strophantin durch die Magensäure unwirksam gemacht werde. Er erklärte darauf, daß sei ihm nicht bekannt gewesen.

### Vom Tage

Boote der amerikanischen Küstenwache haben ein hilflos treibendes Boot gefischt, in dem sich 21 Mann der Besatzung des in Seenot befindlichen Frachtdampfers „Laird“ befanden. Sechs weitere Besatzungsmitglieder wurden durch ein anderes Schiff gerettet.

Wie aus Tokio berichtet wird, ist der Vulkan Kofaga im nördlichen Japan, etwa 500 Meilen von Tokio entfernt, wieder in Tätigkeit. Drei in der Nähe gelegene Ortschaften sind bereits von der Lava eingeschlossen.

(N o m a n siehe 2. Beilagenseite.)

Hasst Du schon MARX, KAPITAL gelesen?

Zum Studium aller theoretischen Literatur, zum Verständnis der in den Tageszeitungen vorkommenden Fremdwörter, braucht der Wissenhungrige

W. LIEBKNECHT

Volks-Fremdwörter-Buch

Preis in haltbaren Ganzleinen 6.80 Mk.,

Zu beziehen durch die proletarischen Literatur-Vertriebsstellen

Arthur Wysoka, Hindenburg OS., Schecheplatz 12, und

Arthur Müller, Breslau, Feldstraße 50

# Weg mit dem Hungerriemen!

## Textilarbeiter, lehnt den Schlichtscheidungsspruch einmütig ab / Kämpft unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen für eure Forderungen

Wie wir bereits gestern gemeldet haben, wurde bei den am Sonnabend in Breslau stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen für die schlesische Textilindustrie eine Schlichterkammer gebildet, die einen Schlichtspruch fällte.

Der Spruch bringt den Textilarbeitern eine Lohn-„erhöhung“ von 2,8 Pf. in der Spitze, und ab 1. April 1930 zwei weitere Pfennige bei einer Bindung bis Ende Oktober 1930. Die Lohn-„erhöhung“, die den Textilarbeitern geboten wird, ist keine Lohn-erhöhung, sondern höchstens eine kleine Nachzahlung für den in der Zwischenzeit durch das Antretersystem und den Alfordabbau erfolgten Lohnabbau. Infolge der vorgesehene langen Bindung wird sich die Lohn-„erhöhung“ bei der fortschreitenden Verteuerung aller Bedarfsgegenstände in der allernächsten Zeit in einen Abbau des Reallohnes verwandeln. Insbesondere die Klausel, wonach im Falle der Nichtkündigung der Tarif ein halbes Jahr weiterläuft, gibt den Gewerkschaftsbürokraten die Möglichkeit, die Kündigung zu „vergessen“ und so die Kaufkraft des Tarifs zu verlangsamen. Das ist der Inhalt des von der Gewerkschaftsbürokratie und ihren ergebenen sozialdemokratischen Funktionären angenommenen Schlichtspruches.

Infolge der gewaltig gestiegenen Produktionsmöglichkeiten und der relativ verringerten Absatzmöglichkeiten haben die Konkurrenz und die Gegensätze zwischen den einzelnen Kapitalistengruppen eine ungeheure Verschärfung erfahren. Jede Kapitalistengruppe versucht durch maßlose Steigerung der Ausbeutung, d. h. auf Kosten des Proletariats, Sieger im Wettkampf zu bleiben.

Die Reparationssummen, durch deren Zahlung die deutsche Bourgeoisie hofft, erneut frei zum Krieg rüsten und sich an dem Beutegut der Imperialisten gegen die Sowjetunion beteiligen zu dürfen, sollen ebenfalls restlos aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden werden. Das waren die Ursachen, die die schlesischen Textilunternehmer veranlaßten, die

### Beibehaltung der bisherigen Hungerlöhne

zu fordern. Als diese Forderung nicht sofort erfüllt wurde, warfen sie kurzerhand alle Textilproleten auf Straßenpflaster. Infolge der sozialreaktionären Politik der sozialdemokratischen Koalitionsregierung unter Führung der Sozialdemokraten Müller und Hilferding (Mai-Massaker, KZB-Verbot, Verbot der revolutionären Arbeiterpresse, „Sofort“-Programm, Kontordat) glaubten die schlesischen Textilunternehmer ihre Zeit für gekommen.

Mit dem Vorstoß der Reaktion unter Führung der Sozialfaschisten auf politischem Gebiet geht Hand in Hand der Generalangriff der Unternehmer auf die Löhne der Arbeiter.

Obwohl es einwandfrei feststeht und von uns zu wiederholten Malen nachgewiesen wurde, daß

die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten bemüht im Lager der Unternehmer stehen,

wollen wir doch noch einmal die Rolle kennzeichnen, die sie im Verlauf des Textilarbeiterkampfes gespielt haben, damit auch der letzte Arbeiter sie richtig einschätzen versteht.

1. Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten hatten „vergessen“, den Hungerlohnstatus zu kündigen. Der Tarif wurde von den Unternehmern gekündigt.

2. Schon am zweiten Kampftage verbreiteten die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten Flugblätter (Landeshut), in denen sie die Absicht zum Ausdruck brachten, gegen jede Lohnverschlechterung kämpfen zu wollen. Die von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen wurden im Flugblatt mit keiner Silbe erwähnt, d. h. sie wurden bereits beim Kampfbeginn fallen gelassen.

3. Kurz vor der Aussperrung haben die Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiter aufgefordert, zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten. Sie waren sehr betriibt, daß das durch die Aussperrung vereitelt wurde. Diese Tatsache stellte auf der Pressekonferenz der Referenz Rieffmüller ausdrücklich fest.

4. Die von den Reformisten eingeleiteten Streikleitungen haben anstandslos jede von den Unternehmern gewünschte „Notstandsarbeit“ (lies: Streikbrucharbeit) bewilligt.

5. Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten wandten sich scharf gegen die Einbeziehung der Unorganisierten in die einheitliche Kampffront, weil sie genau wußten, daß bei etwa 50 Prozent Unorganisierten diese im Kampf eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Weil die Gewerkschaftsführer die Schwächung der Arbeiterfront wollten, deshalb versuchten sie, die Arbeiterfront zu spalten, die organisierten Textilproleten gegen die unorganisierten aufzuheben.

6. In den Kommunen, wo die kommunisten Anträge zugunsten der notleidenden Textilarbeiter stellten, wandten sich die Reformisten scharf gegen diese Anträge und fanden so in Einheitsfront mit den Bürgerlichen gegen die Textilarbeitergewerkschaft.

7. Gegen die Internationale Arbeiterhilfe, die sofort eine Hilfsaktion zugunsten der Aussperrten organisierte, wandten sich die Gewerkschaftsbürokraten mit einer besonderen Wut. Sie drohten nicht nur Anzeige bei der Polizei gegen die Sammler zu erlassen, sondern haben in verschiedenen Fällen diese Drohung auch in die Tat umgesetzt.

8. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hatte von Anfang an den Kampf und auch vor seinem Ausbruch die Textilarbeiter auf die Rolle der Reformisten in der kapitalistischen Republik aufmerksam gemacht und unermüdt versucht, die geschlossene Kampffront der Textilarbeiter für die aufgestellten Forderungen heraufzurufen. Weil die Opposition ehrlich und rücksichtslos für die Interessen der Arbeiter eintrat, wurde sie von den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten gehaßt wie die Pest. Es gab keine Versammlung, keinen Zeitungsartikel, in denen die Bürokraten gegen die Opposition nicht gehetzt hätten. Selbst vor unschuldigen machten sie nicht halt (Ausschluß der Kollegen Klein und Reichel in Langenbielau), in der Hoffnung, dadurch die Opposition von den Arbeitern isolieren zu können. Statt den Kampf gegen die Unternehmer zu organisieren, führten die Gewerkschaftsbürokraten den ersten Kampf gegen die revolutionäre Opposition, in der Hoffnung, dadurch die Kampfkraft der Textilarbeiter schwächen zu können.

9. Die Kroue wurde dem reformistischen Verrat durch die begab-

terte Zustimmung zu dem am 15. Juni gefällten Hungerlichtscheidungsspruch ausgeführt. Die Hauptforderung der Unternehmer war bekanntlich lange Tarifdauer. Sie wollten dadurch eine dauerhafte Rationalisationsbasis erreichen. Dieser Wunsch ist durch den Schlichtspruch restlos erfüllt worden. Zu geringen Zugeständnissen waren die Unternehmer bereits zu den ersten Verhandlungen bereit. Wenn sie den Spruch, wie zu erwarten, ablehnen werden, so ist diese Ablehnung lediglich als Komödie zu betrachten, die den Arbeitern Sand in die Augen streuen und das verräterische Spiel der Gewerkschaftsbürokraten erleichtern soll. Die Gewerkschaftsbürokraten sind die von ihnen am Gängelband geführten sozialdemokratischen Funktionäre haben also einem Spruch zugestimmt, der die Wünsche der Unternehmer restlos erfüllt und die Forderungen der Arbeiter unerfüllt läßt.

Die angeführten Tatsachen zeigen klar und deutlich: Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie ist nicht die Führerin der Arbeiterklasse. Sie hat vom Beginn des Kampfes in der Front der Unternehmer gestanden!

Unternehmertum, Staat, der mit Hilfe der Polizei die Streikposten einzuschüchtern versuchte und nun durch den Schlichtspruch den Kampf um die Arbeiterforderungen überhaupt abwürgen wollte, und Gewerkschaftsbürokratie, — das ist die eine Front.

Textilarbeiterklasse, gleichviel, ob Mann, ob Weib, ob organisiert, ob unorganisiert, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei, — das ist die andere Front.

# Finanzminister Hilferding deckt Riesen-Korruptionsstandal

## Er verkleudert an Betrüger 30 mal 120 Millionen Falsche Anleihestücke von der Regierung anerkannt!

Wer den Stinnes-Prozess aufmerksam verfolgt, dem werden schon mehrmals sehr seltsame Andeutungen aufgefallen sein, die von den Angeklagten, und vor allem auch von ihren Verteidigern, gemacht werden. Es ist ganz offensichtlich, daß die vor den Gerichtsschranken stehenden Anleihebetrüger ihr Wissen um Vorgänge, die sich hinter den Kulissen abspielten, als Druckmittel benutzen, um sich von der drohenden Strafe loszutun.

Der Verheimlichung dieser Angelegenheit muß ein Ende gemacht, die Sache endlich bei ihrem rechten Namen genannt werden. Wir beschuldigen den sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Hilferding, sich dazu hergegeben zu haben, ausgesprochenen Betrügern 30 Jahre lang je 120 Millionen Mark zu Unrecht aus der Reichskasse auszusparen. Mit dieser Verkleudung von über 3 1/2 Milliarden Mark steht im engsten Zusammenhang die Ebbe in der Reichskasse, die durch neue Massenstern und drastische Abbaumassnahmen in der Erwerbslosenfürsorge wieder gefüllt werden soll.

### Die Vorgeschichte des Anleihebetruges

Wie ist dieser Riesebetrug, an dem die mächtigsten Finanzmagnaten und die höchsten Ministerien, neben dem Reichsfinanzministerium vor allem das preussische Justizministerium, beteiligt sind, möglich gewesen? Es handelt sich um ähnliche Betrügereien, wie sie der junge Stinnes begangen hat. Er ist wegen Falschmeldungen von Kriegsanleihe-Altbesitz angeklagt, während

die viel größeren Betrüger, nämlich fast sämtliche deutschen Großbanken, nicht nur unbefelligt gelassen wurden, sondern außerdem noch vom Reich unter Wissen des Reichsfinanzministeriums und des preussischen Justizministers für betrügerische Falschmeldungen riesige Millionenbeträge ausbezahlt erhalten haben, bzw. noch erhalten werden.

Unsere schwerwiegende Anklage stützt sich auf einen völlig klaren und unabweislichen Tatbestand. Auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 17. Juli 1925 sollen die Anleihebesitzer, welche Marianneleihen des Reiches besitzen, die sie „nachweislich“ vor dem 1. Juli 1920 erworben und die ihnen von dem Erwerber bis zur Anmeldeung im Altbesitzverfahren ununterbrochen gehört haben“, aus Gründen der „Billigkeit“ statt einer Aufwertung von 2 1/2 Prozent eine Aufwertung von 12 1/2 Prozent mit sofort beginnender Verzinsung zu 5 Prozent und Auszahlung der Beträge durch Auslosung innerhalb von 15 Jahren erhalten. Durch diese Vergünstigungen sollten vor allem die Kleinen Sparrer, die ihr Vermögen auf Grund der bürgerlichen Presselügen in Kriegsanleihen angelegt hatten, wenigstens einen geringen Bruchteil ihrer verschwundenen Ersparnisse wiedersehen. Tatsächlich ist

der Löwenanteil in der „Altbesitz“-Aufwertung den reichsten Finanzmagnaten zugeflossen.

Auf Grund genauer Berechnungen und Schätzungen des Reichsfinanzministeriums und der Reichsschatzenverwaltung war festgestellt worden, daß von den 73 Milliarden Mark Anleihen des Reiches höchstens 20 Milliarden als Altbesitz angemeldet werden könnten. Tatsächlich sind aber 55 Milliarden Mark angemeldet und rund 45 Milliarden auch tatsächlich als Altbesitz anerkannt worden.

Zum größten Teile dadurch, daß die führenden Großbanken heimlich aufgekaufte Anleihestücke als Altbesitz angemeldet haben.

Dabei haben sich die Großbanken doppelt strafbar gemacht. Sie hatten nämlich von zahlreichen Bankkunden Kriegsanleihestücke entweder zur Aufbewahrung als Depotsache oder auf „Nummernkonten“ erhalten. Im letzteren Falle mußten die Kunden lediglich Wertpapiere der

So formierten sich die Fronten im Textilarbeiterkampf. So stehen sie heute noch. So stehen sie in allen Wirtschaftskämpfen.

Die Textilarbeiter haben die Gewerkschaftsbürokraten beauftragt, für die aufgestellten Forderungen einzutreten. Die Gewerkschaftsbürokraten haben statt dessen an dem Zustandekommen des Schlichtscheidungsspruches mitgewirkt und ihn durch die getreuen Funktionäre annehmen lassen.

Der Beschluß dieser Funktionäre kann für die Arbeiter nicht maßgebend sein.

Es gilt, nach wie vor für die aufgestellten Forderungen zu kämpfen. Die wichtigsten der Forderungen sind:

- Erhöhung aller Stundenlöhne um 15 Pfg.!
- Erhöhung der Alfordbasis um 30 Prozent!
- Gleicher Lohn für gleiche Leistung!
- Mindestens neun Tage bezahlten Urlaub!
- Weg mit dem Vierfußsystem!

Textilarbeiter, haltet sofort Versammlungen ab! Lehnt den Hungerlichtscheidungsspruch einmütig ab! Genug des Geldes!

Scharrt euch um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition! Sie ist eure einzige Führerin im Kampf!

Wählt Kampfleitungen!

Vorwärts im Kampf um eure Forderungen, unter Führung der Opposition und der selbstgewählten Kampfleitungen, auch trotz der drohenden Verbindlichkeitsklärung!

gleichen Art, also beliebige Kriegsanleihestücke im gleichen Betrage für den Kunden bereitstellen. Die Banken haben mit den Kriegsanleihebesitzern ihrer Kunden äußerst profitabile Spekulationsgeschäfte gemacht und erst nach Verlindeung des neuen Gesetzes bzw. längst nach dem vorgeschriebenen Termin die für ihren Kunden bereitzustellenden Anleihestücke gekauft, um sie als „Altbesitz“ anzumelden. All diese Altbesitz-Anmeldungen wurden anerkannt.

Noch viel größer ist aber der Skandal in dem Falle, daß die Großbanken von ihren Bankkunden Kriegsanleihen zur Aufbewahrung als „Depotsache“ erhalten haben. Die Banken durften diese Stücke nicht verkaufen oder mit ihnen spekulieren. Das ist auf Grund des Depotgesetzes mit Gefängnis, eventuell sogar mit Zuchthaus strafbar. Aber für die Bankmagnaten gelten keine Gesetze. Deswegen haben sie

unter bewusster Mißachtung des Depotgesetzes die Anleihestücke ihrer Kunden verkauft.

Als das neue Gesetz über die Ablehnung der Marianneleihen des Reiches herauskam, gerieten die Banken in scheinbare Schwierigkeiten. Sie durften auf Grund des Gesetzes die neu aufgekauften Kriegsanleihestücke nicht als Altbesitz ihrer Kunden anmelden. Dann hätten diese aber die Banken auf Grund des Depotgesetzes verklagen und schadenersatzpflichtig machen können.

Es hat sich kein Staatsanwalt gefunden, der gegen die Großbanken Anklage erhoben hat, obwohl es sich um vielfache Millionenbeträge zu Lasten der steuerzahlenden Massen handelt.

Der Justizminister und die früheren Reichsfinanzminister Brüder und Reinhold haben sich für die Vertuschung des Riesebetruges und die Anerkennung der Falschmeldungen der Großbanken eingesetzt.

Auch der Reichsfinanzminister Hilferding persönlich mußte von all diesen Dingen und ist ebenfalls nicht gegen die betrügerischen Raubzüge auf die Steuerkasse des Reiches eingeschritten. Was hat ihn dazu bewogen?

Gerade mit der Sprache! Was hat den Minister und die Staatsanwaltschaft bewogen, die Falschmeldungen der Bankmagnaten anzuerkennen, eine Anklage zu unterlassen und den Betrügern noch Dugende von Millionen Mark der Steuerzahler nachzuerufen? Das Proletariat kann es nicht dulden, wenn die Koalitionsregierung um ihrer Freundschaft mit dem Großkapital willen Räuber schützt und ihnen Riesensummen ident, die von den Arbeitern und Arbeitslosen wieder erpreßt werden.

### „Wie würden Sie sich im Falle eines neuen Weltkrieges verhalten?“

Zu Prag, 17. Juni. Die Prager Halbmonatsschrift „Die Wahrheit“ hat eine Rundfrage, „Wie würden Sie sich im Falle des Wiederausbruches eines Krieges bzw. Weltkrieges verhalten?“, veranlaßt. Von den Antworten sind die von Einstein, Schönfeld, Karbusse, Kurt Hiller, Lehmann-Rußhödt und Professor Winterlich ganz oder teilweise der Beschlagnahme verfallen.

### Ein Todesurteil ohne schlüssige Beweise

Zu Leipzig, 17. Juni. Das Schwurgericht Leipzig hat am Freitagmittag den Angeklagten, den Zimmermann Salomon aus Leipzig, wegen Mordes zum Tode verurteilt. Salomon war beschuldigt, im Dezember 1927 in Klein-Miltitz seine frühere Braut, die Badlerin Erna Bittel, erschossen zu haben. Er hat bis Tat nicht eingestanden. Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines Indizienbeweises.

# „Kavallerie für die östliche Kriegsfront!“

(Eig. Bericht) Berlin, 17. Juni.

Am Sonnabend kam der Reichswehrminister zur Beratung vor den Reichstag. Also ein „großer Tag“. Aber das äußere Bild hat sich gegenüber den letzten Tagen wenig geändert. Diefelbe gähnende Leere. Geschweigt und gebügel ist Herr Groener auf der Ministerbank, umgeben von seinem Reichswehrgesolge im Vollrock. Und die Stimmung? Am liebsten möchten Sozialdemokraten und Bürgerliche überhaupt nicht zum Reichswehretat sprechen. Es liegt ja alles so sonnenklar. Groener besitzt das Vertrauen der Sozialdemokraten bis zu den Deutschen Nationalen. Diefelbe Einheitsfront befehlt die Reichswehr und will ihren militärischen Ausbau bis zur größten Schlagfertigkeit. Darum auch verständlich, daß die Debatte eröffnet mit dem Bemerkten, daß er „leider“ zwei Stunden Redezeit geben müsse, weil das in den vergangenen Jahren auch üblich war. Dabei richtet er allerdings an die Fraktionen die Bitte, diese Redezeit doch nicht ganz auszunutzen. Etwas Wunsch sollte in Erfüllung gehen.

Nachdem der Sozialdemokrat Städelien den Ausschußbericht gegeben hatte, wobei die Abgeordneten der Reihe nach einschließen, sprach als erster Redner der

Reichswehrminister Groener. Diesmal trug er Zahlenmaterial über die unheimlichen Rüstungen der europäischen kapitalistischen Länder vor und knüpfte daran die Feststellung, daß trotz aller Abrüstungskonferenzen von einer Verminderung der Rüstungen nichts zu merken sei. Die Konsequenz dieser Feststellung ist einfach für ein Militärgehirn: Deutschland muß also auch die Schlagkraft seines Heeres bis zum äußersten steigern. Logisch vom Standpunkt eines Militaristen, logisch von dem des Kapitalismus. Und der Jovial der deutschen Aufrüstung? Groener hat es schon einmal in seiner Denkschrift zum Panzerkreuzerbau ausgegüßelt, doch noch deutlicher sagte der Minister es heute, indem er erklärte: Wir brauchen eine starke Kavallerie für den östlichen Kriegsschauplatz. Mehr gefällig? Das dürfte wohl genügen!

Und was sagte der Sozialdemokrat Schöpflin zu den einseitigen Ausführungen des Friedensministers des deutschen Imperialismus? Jammervoll! Wie ein Bürschke des Generals mit den Händen an der Hofjennacht stand er auf der Rednertribüne. Was soll der Bürschke gegen seinen Herrn sagen? Schon während des Weltkrieges hatte Schöpflin im Großen Hauptquartier die Befehle der unheimlichen Offiziere entgegenzunehmen und auszuführen. Er hat das prompt, indem er in der Gruppe für Durchhalten und Maulaffen sprach. Und heute? Kein Wort mehr über den Panzerkreuzer, in Wort über erhebliche Sparmaßnahmen. Die bescheidene Anfrage gegen die Demokratisierung der Reichswehr wirkte nur auf die Lachmünder des Herrn Groener. Schöpflins Logik konnte deshalb nicht anders sein wie die des Herrn Groener: Auch die Sozialdemokratie für Ausnutzung aller durch die Versailles Vertragsbestimmungen übrig gebliebenen Möglichkeiten nach Ausbau und Aufbau der deutschen Kriegsmarine.

Nach Schöpflin sprach der Antikriegskämpfer v. Lettow-Vorbeck, er wieder Morgenluft wittert und Herrn Groener für seine „lichteren“ Ausführungen besonders dankt.

Der Vizeadmiral A. v. Brünninghaus sprach für die deutsche Flotte. Seine Rede war eine einzige Satire auf die Sozialdemokratie und ihr Wehrprogramm. Er gedachte des zehnjährigen Bestehens der Reichswehr, nannte es ein Herzensbedürfnis, am Gründer der Reichswehr, Herrn Groener, seinen Dank auszusprechen und verband mit diesem Dank die Anerkennung der Leistungen des Herrn Groener. Ironisch, zu den Sozialdemokraten gewandt, bemerkte der Vizeadmiral, daß sich ja erfreulicherweise die Haltung der Sozialdemokratie in den letzten Jahren gegen die Reichswehr geändert habe. Das Wehrprogramm von Magdeburg sei so gehalten, daß man im Nachhinein aufhebe, was man im Vorhinein sagte. Als an dieser Stelle der „linke“ Sozialdemokrat einen Zwischenruf macht, antwortet Brünninghaus mit einer lässigen Handbewegung: „Zunächst, wir wissen, was wir von Ihrem Programm zu halten haben.“ Doch noch nicht genug des Hohmes. Brünninghaus, nebenbei Aktionär bedeutender Zigarettenfabriken, schloß seine Rede mit folgenden Sätzen:

„Herr Schöpflin meinte, daß im nächsten Jahre weitere Abrüstungen am Reichswehretat erfolgen müßten. Wir werden in einem Jahre darüber reden. (Heiterkeit.) Was dann kommt, davon ist mir nicht bange.“

Stürmische Heiterkeit. Kommunistischer Zuruf: „Sie werden nicht enttäuscht werden, Herr Admiral!“

Interessant war auch, daß der Redner der Wirtschaftspartei einen besonderen Ausdruck der Freude über das sozialdemokratische Wehrprogramm kundtat.

Als dann noch einmal Herr Groener das Wort nahm, um ausdrücklich zu versichern, daß es sich bei den diesmaligen Streichungen nur um einmalige Streichungen handelt, und daß in Zukunft die

Ausgaben für die Reichswehr erhöht werden müßten, als er erklärte, daß nicht nur der Panzerkreuzer, sondern die ganze Panzerkreuzerflotte gebaut werden müsse, da haben die Sozialdemokraten vollkommen recht. Sie lagern auf ihren Plätzen. Was sollen sie jetzt ihren Wählern erzählen? Sie können nicht einmal mit dem Dreß kommen, daß die sozialdemokratischen Minister damit nicht teinverstanden seien, denn Groener nahm ihnen auch dieses Argument, indem er feststellte, daß er mit Seevering nicht nur in den Militärfragen, sondern auch in den Fragen der Demokratisierung der Reichswehr konform gehe. Groener zeigte dann noch die Entwicklung der deutschen Reichswehr auf und erklärte: „Ich neige zu der Ansicht des französischen Sozialisten Paul Boncour, der das System der Landesverteidigung am besten gelöst hat. Es wäre gut, wenn wir auch in Deutschland zu einer ähnlichen Lösung kommen könnten. Dieses System macht alle Kräfte des Landes für die Landesverteidigung verfügbar.“

Hier konstatierte Groener, daß das Wehrprogramm der Zweiten Internationale das Wehrprogramm des Imperialismus ist. Der gegenwärtige Sinn der deutschen Wehrpolitik muß sein, das ganze Volk wehrhaftig zu machen. Und das Ziel der Wehrpolitik liegt auf dem „östlichen Kriegsschauplatz“.

Über die besonderen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion sprach für die kommunistische Fraktion

Genosse Schneller.

Er stellt die Wendung der deutschen Militärpolitik gegen die Sowjetunion fest und zeigt sie an einer Reihe von Tatsachen. Die Kavallerie-

und die Panzerkreuzerfrage sind für die Rüstungen gegen die Sowjetunion charakteristisch. Im Militärabkommen mit England und Frankreich, im engsten Einvernehmen mit Polen, will die deutsche Bourgeoisie den Krieg gegen die Sowjetunion durchführen. Genosse Schneller zeigt die Übereinstimmung in der Wehrpolitik von der SPD. bis zur äußersten Rechten. Schon jetzt betragen die

Ausgaben für die deutschen Rüstungen insgesamt gegen 2 Milliarden Mark.

wenn man die Militärausgaben im Verkehrsbereich, die Subventionen an die Kriegsindustrie und die 800 Millionen Mark, die die Postgelei für ihre Kriegstransportleistungen bekommt, zum Reichswehretat rechnet. Dabei kündigt Groener noch eine Erhöhung der Rüstungen an.

Womit Groener sich völlig einverstanden erklärt mit den Plänen Paul Boncours, und wenn Paul Levi gleichfalls die „Einheit und Einheitslichkeit des Landes im Verteilungszustand“ fordert, so treffen sich alle drei auf einer Linie. Das ist die Haltung der „linken“ Sozialdemokraten.

Genosse Schneller schließt:

„Die Kommunisten wissen, die Frage des Krieges ist nicht eine Frage der ferneren Zukunft, sondern ist eine Frage von heute. Wir werden gegen die Durchführung der Kriegspolitik mit allen Mitteln kämpfen. Wenn Sie aber den Krieg gegen die Sowjetunion im Bunde mit der Entente-Armee wagen, so werden wir bewußt kämpfen für den Sieg der Roten Armee, als Glieder der Roten Armee. Dieser Kampf wird enden mit der Ausrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland. (Beifälliger Beifall und Handklatschen bei den Kommunisten.)“

# Textilarbeiter im Kampf

## Gewerkschaftsbürokraten gegen Hilfe an die Ausgesperrten

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Im „Grünberger Wochenblatt“ vom 10. Juni erschien folgende Bekanntmachung:

„Zur Aufklärung! Wie uns mitgeteilt worden ist, sollen bei der hiesigen Geschäftswelt und bei Privatpersonen Sammlungen für die ausgesperrten Textilarbeiter vorgenommen werden. Wir stellen hiermit ausdrücklich fest, daß wir mit diesen Sammlungen nichts zu tun haben und von uns Sammlungen auch in Zukunft nicht vorgenommen werden. — Die an der Aussperrung beteiligten Organisationen des NDGB und der Zentralverband Christlicher Textilarbeiter.“

Mit dieser demagogischen Hege versucht die Gewerkschaftsbürokratie das Hilfswerk der IAG zu durchkreuzen. Wie das Werk der IAG von den Arbeitern empfunden wird, zeigt folgender Brief eines Vaters von 6 Kindern, den er an die IAG in Grünberg richtete:

„Ihr wart die ersten, die ihr mir durch Lebensmittel geholfen habt, das werde ich euch nie vergessen!“

Liebt Solidarität!

Der Bezirk Ruhrgebiet hat der IAG-Ortsgruppe 100 Mark à conto überwiesen.

Unterstützt die Textilproleten in ihrem Kampf!

## SPD. in Neustadt freut sich über hungernde Textilarbeiter

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

An Gemeinheit nicht zu überbieten ist die SPD. Diese Verräter bringen es sogar fertig, sich über den Hunger der Ausgesperrten lustig zu machen. In Nr. 137 schreibt das sozialdemokratische Sudelblättchen „Volkswacht“ über die letzte Stadtverordnetenversammlung. Der kommunistische Antrag für die Ausgesperrten, der von den Deutschen Nationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt wurde, ist dem „Volkswacht“ Anlaß zu einer Schamlosigkeit fondergleichen. Mit der üblichen Klassifizierung der kämpfenden Arbeiter in Organisierte und Unorganisierte verzapft das sozialdemokratische Sudelblättchen folgendes:

„... den Unorganisierten zu Unterstützungen weit über den üblichen Rahmen hinaus zu verhelfen und damit der organisierten Arbeiterschaft bei Wirtschaftskämpfen den Beweis zu liefern, daß Unterstützungen in ausreichender Höhe auch ohne Gewerks-

schaften erzielt werden könnten. Die Absicht ist aber daneben gelungen.“

Wir bemerken hierzu, daß die kommunistischen Stadtverordneten ihren Antrag weder für Organisierte noch für Unorganisierte gestellt haben, sondern für die gesamten hungernden Ausgesperrten. Wenn auch die Gewerkschaften die noch Unorganisierten hungern lassen, so ist das für die Kommunisten kein Grund, nur für einen Teil der Arbeiterschaft einzutreten. Wenn aber das „Volkswacht“ schreibt, die Absicht (nämlich den Hunger der Ausgesperrten zu lindern) ist ihnen daneben gelungen, so gibt es unüberhöflichen seiner Freude über den Hunger der Ausgesperrten Ausdruck.

Etwas Gemeineres kann es bald nicht mehr geben. Hoffentlich antworten diesen Bürschken auf diese Gemeinheit alle Textilarbeiter ohne Unterschied, auch die Unorganisierten. Wir haben nur den größten Ekel vor dieser Schmiererei des sozialdemokratischen Sudelblättchens.

## Neue Massenauslässe im Arbeiter-Samariterbund

Trotzdem durch die Spaltung der Kolonne Berlin des Arbeiter-Samariterbundes die Arbeit der Berliner A.S.B.-Kolonne bereits empfindlich geschwächt worden ist, setzt die sozialdemokratische Kreisleitung des ersten Kreises ihre Bestrebungen weiterhin fort. Auf einer Sitzung der Kreisleitung des ersten Kreises am 26. Mai in Berlin stattfand, wurde dem Genossen Schönauf, dem Bezirksbeauftragten des 4. Bezirkes, die Mitteilung gemacht, daß die Kolonnen Bernau, Wiesenthal, Finow und Prenzlau als ausgeschlossen gelten.

Folgendermaßen sehen die Gründe aus, die für diese Willkürmaßnahmen herhalten müssen: Die Bernauer Kolonnenleitung habe am 1. Mai der SPD. für ihre Veranstaltung mehr Samariter zur Verfügung gestellt als den Gewerkschaften! Die Bernauer Leitung habe, was ihr statutarisches Recht ist, die Abhaltung einer außerordentlichen Bezirksvorstandssitzung beantragt; endlich habe eine private Besprechung von Vorstandsmitgliedern verschiedener Kolonnen stattgefunden, deren Inhalt der Kreisleitung in entstellter Form übermittelt worden ist.

Diese Gründe dienen selbstverständlich nur als Vorwand, um die Opposition im 4. Bezirk zu brechen. Sie bieten nicht einmal eine Unterlage für Ausschlußmaßnahmen gegen einzelne Mitglieder der Kolonnenleitung, geschweige denn für Ausschlässe von etwa 70 aktiven Mitgliedern dieser Kolonnen. Die Mitgliedschaft der Kolonnen des 4. Bezirkes wird dem Kreis- und Bundesvorstand bewiesen, daß sie in überwiegender Mehrheit nach wie vor zu den Beschlüssen des letzten Bezirkstages steht, die Unterschrift unter die Reverse aber weiterhin ablehnt und sich mit den ausgeschlossenen Kolonnen solidarisch erklärt.

# Die Sekretärin des Prälaten

von Alben Daudistel

Überreicht von Alben Daudistel.

(Nachdruck verboten)

Der Prälat fragte ins Telefon: „Portier, wie heißt der Herr?“ Der Portier antwortete zögernd: „Der, der Herr heißt... Ich habe es vergessen; ist schon weg; läme aber wieder...“

Der Prälat fragte: „War er im Gehrod?“

Der Portier erwiderte: „Ja, ich glaube!“

Und da brannnte der Prälat: „Blöder Kerl!“

Er begann nun schnell Stenogramme auf Stenogramme zu diktieren, um dann, während seine Sekretärin abtippte, heimlich seinen liebespolitischen Erwägungen nachgehen zu können. Denn durch die Leiter war er zu der Spekulation angeregt worden, seine Sekretärin erstmalig zu beneidenswertem Ansehen anzuheben zu lassen: sie seinen Freunden und Bekannten, den hervorragenden Politikern und Wissenschaftlern, vorzuführen. Er beschloß, indem er der weiblichen Eitelkeit so zu schmeicheln gedachte, sie besonders dankbar gegen ihn zu machen. Diese liebespolitische Spekulation schien ihm schließlich vorzüglich, da er wußte, daß der untergeordnete Mensch mit einer so hervorragenden Dankbarkeit gefügig wird. Er sagte sich auch: „Jede ich mich im Dienst möglichst mit ihr, denn jeder: Da werden keine Heimlichkeiten dahinter!“ Seine Sekretärin tippte und tippte und lächelte dabei. Und plötzlich sagte er: „Bitte, Madame, kommen Sie, wir gehen hinaus!“

Im Restaurant führte er sie an einen Tisch, an dem einige Abgeordnete seiner Partei saßen. Er machte sie mit ihnen bekannt und hat sie, während dem Innenminister und dem Referenten für das Heereswesen Platz zu nehmen. Er setzte sich ihr gegenüber zwischen den Referenten für die Steuerpolitik und den Referenten für das Gesundheitswesen. Während sie nun saßen, wurden die

Als sich auch der Prälat an der Debatte beteiligte, wandte sich der wohlgekleidete Innenminister der Sekretärin des Prälaten zu, und beide unterhielten sich über „sie“ (über die Berater, über „ihn“ und über „ihren Entfäher“, so daß ihre Unterhaltung wie ein Gespräch über eine vergnügliche Romanhandlung wirkte. Ja, gar bald beteiligte sich der Referent für das Heereswesen an der Unterhaltung der beiden insofern, als er ein Liebesabenteuer zum besten gab, das er während des Weltkrieges „hoh 30 Kilometer von der Front entfernt“ erlebt hatte.

Die Liebesgeschichte des Referenten für das Heereswesen zeigte den Referenten für die Steuerpolitik, einige seiner Liebeserlebnisse zu erzählen, die er im Weltkrieg als Oberstabsarztmeister genoss. Und schließlich sagte die Sekretärin des Prälaten zu dem Referenten für das Heereswesen: „Na, dann denke ich doch, Herr General, im Kriege müßten auf der einen Seite bloß hübsche Frauen stehen, und auf der gegenüberliegenden Seite nur solche Männer; die Kriege würden noch schöner!“

Der Abgeordnete für die Steuern plakte heraus: „Ich ginge sofort an die Front!“

Der General betonte: „Ich auch! Auf Nachpatrouillen, auf Schlepppatrouillen, hm...“

Der Prälat lächelte: „Das Sanitätskorps müßte zuvor als Hebamme ausgebildet werden!“

Der Referent für das Gesundheitswesen bekräftigte: „War nicht nötig!“

Die Sekretärin des Prälaten ergänzte: „Wann recht! Die Abtreibungsmittel müßten weg!“ Da wurde das Anliß des Prälaten bloßgestellt.

Ja, er tippte mit seinem Fuße gegen den Fuß seiner Sekretärin, da gerade der Innenminister vertraulich mit ihr plärrte. Auch der General spitze schon nach ihr hin. Aber gerade, als er das, was er erlangen konnte, preisgeben wollte, sagte sie — um dem Prälaten zu schmeicheln —: „Herr Minister, das war ein Klein wenig zu persönlich...“ Sie legte Messer und Gabel nieder und — da sie wußte, daß die geschätzte finanzielle Realität der hübschen Frau die Männer erst recht anreizt, deshalb erklärte sie, verblümt lächelnd, über Minister habe zu ihr gesagt, wenn Kriege nach ihrem Vorschlage

geführt würden, wollte er ihr mit Vergnügen noch 30 Jahre in so einem Kriege gegenüberstehen; er leide daran, daß er nicht „alt“ werden könne... Der Prälat, der General und die anderen Referenten lachten über den Minister. Er jedoch ließ sich nicht blüffen; er bat Madame Richmond um Entschuldigung und sagte: „Madame, darf ich Ihnen heute abend meinen Wagen anbieten?“

Der General erwiderte: „Hm... Als Innenminister muß er zu langsam fahren; meiner faßt durch die Straßen oft mit 60...“

Der Prälat warnte: „Madame, so schnell ist zu gefährlich!“

Der Gesundheitsreferent schmeichelte: „Auch ich bin für heile Knochen, meiner läuft geräuschlos!“

Der Politiker für die Steuern flüsternte: „Madame, ich fahre eine Limousine...“

Verstümmelt lächelnd erwiderte sie: „Ich danke, ich steige lieber...“

Verstümmelt senkte der Prälat seinen Blick.

Der Innenminister jedoch räusperte lächelnd: er freute sich, weil er trotz seiner Klugheit über die Wirkung seines Schabernacks, den er dem Prälaten „gespielt“ hatte, Madame Richmond nicht selbst telephonisch angerufen hatte, sondern von dem Portier des Portals II anrufen ließ...“

Ein Note kam und meldete: „Herr Prälat, ein Herr möchte Sie sprechen, Vater Rodolphe heißt er, ist im Gehrod!“

Der Prälat, der den Vater stets empfangt, da der Vater unter der Direktion des Prälaten das „Büro zur Betreuung der fremdländischen Katholiken“ leitete, fragte nunmehr sehr erhaunt seine Sekretärin: „Bitte, Madame, sagen Sie mal, kennt Sie den Vater Rodolphe schon?“

Der Innenminister grinste spitzbübisch in sein Taschentuch.

Madame Richmond antwortete dem Prälaten, sie kenne den Vater nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für den politischen Teil: für „Deutschland“, „Welt“ und die übrigen Blätter: Alfred Rosenberg, für „Deutschland“ und „Welt“: Heinrich Himmler, für „Deutschland“ und „Welt“: Gerhard Schulz, Leipzig. — Für Inserate: B. G. G. G.

Ruffert will Mache aus der Verfassungs-Feste helfen

Ein gutinformierter sozialdemokratischer Funktionär schreibt uns: Am Freitag fand eine dreistündige Sitzung der Vorstände der SPD, des Sportklubs und des Ortsausschusses statt...

Dahs ausgerechnet das Sportklubb den Rummel mitmacht, ist bezeichnend für die politische Verfassung, die dort im letzten Jahre vor sich gegangen ist.

Zodesopfer eines Zusammenstoßes

Gestern, Montag, um 9.15 Uhr ereignete sich an der Kreuzung Tiergartenstraße und Kaiserstraße ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Personkraftwagen und einem Mannschaftswagen der Feuerwehr...

„Johannisfest“

Auf der „Wawa“ dbe Leere — aus dem „Johannisfest“ der alljährliche große Rummel, hier tummelt sich das Jungvolk. Viele kleine Schausteller fehlen. Der Platz weist viele Lücken auf.

Im allgemeinen viel Mepp. Die Herren Wurstfabrikanten u. V. haben durch Vereinbarung die Preise für die begehrten warmen Wiener auf 35 Pfennig heraufgeschraubt.

Ein edler Christ scheint der Kaufmann Seemann von der Herzogstraße zu sein. Als gestern, 18 Uhr, ein Maurerlehrling bei den Bauarbeiten am Hause Herzogstraße 3 aus dem zweiten Stockwerk abfiel...

Der Prozeß Geier hat nicht, wie trüflich von uns berichtet, bereits gestern begonnen; vielmehr findet er am Donnerstag, dem 20. b. M., statt.

Die Eintrittskarten zur Poetz-Rundgebung sind bei allen Parteifunktionären sowie in der Buchhandlung Feldstraße 50, in der „Ar-

Breslau, 18. Juni.

Ein Gebiet, auf dem man den immer stärker werdenden Einfluß der Kirche täglich verfolgen und täglich nachweisen kann, ist der Rundfunk. Die guten Darbietungen sind — auch im vorher einmal „roten“ Sender genannten Krieterner Funkhaus — so selten geworden...

Eine Meinung, die man immer wieder antrefft, und die nur zu berechtigt ist. Nehmen wir J. D. das letzte Sonntag-Vormittag-Programm. Wir lesen:

8.45 Uhr: Glodengeläut der Christuskirche — 10.30 Uhr: Evangelische Morgenfeier; Ansprache Pastor Bederte

11.20 Uhr: Vortrag: „Die kulturelle Wendung des Volkshäufers Annaberg — 11.50 Uhr: Rundgebung der ober-schlesischen katholischen Arbeiter am Annaberg mit Ansprache des Pfarrvikars.

Damit ist der Vormittag vorbei. Kann man bei einem solchen Programm nicht das Fagen fragen? Was denken sich denn die Leute aus Krieter?

Wenn wird endlich einmal — auch Sonntags — ein anständiges Programm gesendet werden? Oder glaubt man, sich auch in Zukunft über alle Wünsche der Arbeiter-Hörer, die den überwältigenden Teil der den ganzen Rundfunktrummel mit ihren Gehörten Bezahlenden ausmachen, hinwegsetzen zu können...

Und das nennt sich „Soziale Bauhütte“

Ein Dreierer Wohnungsstand — Mieterhöhung als Strafe

Als Wrieg wird uns geschrieben: Als die Bauhütte vor reichlich zwei Jahren auf dem Polzmarkt einen Häuserblock errichtete, verpachtete sie die fertiggestellten Häuser einer Wohnungs-Wirtschaftsgenossenschaft...

durch ein Rundschreiben an die einzelnen Mieter, unter Androhung einer weiteren Belastung dieselben umzustimmen. Das Schreiben schlägt tatsächlich dem Fraß den Boden aus, wörtlich heißt es: „Durch die Auflösung der Wohnungs-Wirtschaftsgenossenschaft haben wir durch den Vorstand den Bescheid erhalten...

Dieses Schreiben spricht für sich. Das Ungeheuerliche ist die angebotene Mieterhöhung, trotzdem die Bauhütte bereits bei der Uebnahme der Häuser eine dreiprozentige Erhöhung durchsetzte.

Die Bauhütte legte seinerzeit die Mieten fest, die WBO. erhob einen Zuschlag, lediglich zur „Rentabilität“ der Genossenschaft. Die Bauhütte erhebt aber die Mieten ebenso mit diesem Zuschlag, ohne daß sie ein Recht hat...

beiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50, im Note-Hilfe-Büro, Freiheitstraße 2 im Vorverkauf zu haben. Eintritt 30 Hfg. Erwerbsslofe 20 Hfg. An der Kasse 50 Hfg.

Scheunenbrand. In der Nacht zu Montag wurde die Landspitze der Breslauer Feuerwehr nach Wüsten dorf alarmiert. Hier war umweit der Straße eine zweistöckige Scheune mit landwirtschaftlichen Maschinen, Kunstböden und etwa 100 Zentner Stroh auf unermittelte Weise in Flammen aufgegangen.

Selbstmord aus Rot. Am Montag hat sich die Näherin J. K., 48 Jahre alt, in ihrer Wohnung Reichstraße durch Gasvergiftung das Leben genommen.

Vom Gerüst abgeklürzt ist bei Ausführung von Malerarbeiten am Grundstück Herzogstraße 2 der Malerschling Helmut Großer. Er trug erhebliche Verletzungen davon, die seine Ueberführung in das Allerheiligen-Hospital notwendig machten.

Beim Baden ertrunken ist an der Rajenthafer Brücke der Arbeiter Hans Kiewel, Jägerstraße 1. An der Posener Eisenbahnbrücke ist ebenfalls beim Baden der Arbeiter Hermann Knebusch aus Ostböhln ertrunken.

Capitol. „Ein Mädel und drei Clowns.“ Ein Film aus des Amospäre des Zirkus. Aber leider mit den herkömmlichen Mitteln gearbeitet. Unter den Darstellern ragt hervor die rührend-schlichte Evelyn Holt. — Im Weidprogramm die Wochenscha u mit Ausnahmen vom Quad-Rummel, außerdem auf der Bühne ein lustiger Musikakt, der sehr gefällt.

Mittelschlesien

Oels. Arbeitersportler und rote Fahne. Am vergangenen Sonntag feierte die hiesige Freie Turnerische Gesellschaft ihr zehnjähriges Stiftungsfest. Getreu ihrer reformistischen Einstellung brachten Ridsch und Genossen in der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse große Inserate, welche die Oelser Arbeiter einladen sollten.

Fahne sah man nicht. Erst nach Eintreffen des Festzuges fanden proletarische Turner den Mut, zwei rote Fahnen links und rechts der Zirküne aufzustellen. Auch im Festzuge führte Oels seine schwarz-goldene Vereinsfahne zur Schau, während alle auswärtigen Ortsvereine hinter ihren roten Sturmflaggen marschierten.

Strehlen. Wegen der kirchlichen Beeridigung. Mitte Mai wurde der Stellensbesitzer und Totengräber Thomas in Danowich beerdigt. In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft wurde die Ehefrau Thomas verdächtigt, den Tod ihres Mannes herbeigeführt zu haben.

Versammlungskalender. Kommunistischer Jugendverband. Breslau. Dienstag 20 Uhr Mittalbeerbammlung Bergmannstraße 12. Nicht mehr bei Adlger!! Beitrag und Mitgliedsbuch mitbringen.

Max Hoelz spricht Freitag 20 Uhr im Zirkus Busch, Luisenplatz. Empfang des Genossen Hoelz am Hauptbahnhof 19.30 Uhr. Nordost: Um 19 Uhr, vom Bauschulplatz. Nord: Um 19 Uhr, vom Weissenburger Platz. West: Um 19 Uhr, vom Striegauer Platz. Süd: Um 19 Uhr, von Friedrichstraße, bei Zanke. Zentrum: Um 18.45 Uhr am Neumarkt.

# Waldenburger Bergland

## Janek streikt ...

Janek war trotz seiner Hänzig  
Immer noch ein Kohlenbauer.  
Förberte geduldig Eöll,  
Bog auch noch die Steinemauer.  
Watte, schrägte, bucklig, schlief,  
Wä sein Schweiß in Strömen lief.  
Butterte erst nach der Schicht,  
Sanfte, stritt und streikte nicht.

War eine Versammlung in der Kau,  
Ober auf dem Bechenplaz,  
Dob auch Janek mit den andern  
Seine große Schwelentage.  
Proch hernach in seine Lumpen,  
Schob die Füße in die Klumpen,  
Watte freundlich dann: „Wid auf!  
Stolperte zum Schacht hinauf.

„Marie,“ sprach er zu der Frau,  
War die wieder mal am Brunnen,  
„Nächstes Mal wird gewiß  
Wohl der „große Lohnstag“ kommen.“  
War der Pott schon immer leer —  
Auch die Schulden immer mehr,  
Janek hoffte immer noch:  
„Einmal schafft den Lohnstag doch.“

Janek wartet Jahr um Jahr.  
Er wird krumm und immer krummer.  
Und sein bider Bauernschädel  
Wird bedenklich dumm und dummer.  
Auch sein Haar wird eckelgrau,  
Ebne das seiner Frau.  
Immer härter wird die Schicht:  
Der „große Lohnstag“ kommt doch nicht.

Gottverdammt! flucht nun Janek  
Und wird plötzlich ungeduldig,  
Denn im Lohnbuch steht: Bleibt schuldig,  
Schuldig, schuldig, immer schuldig.  
Er schimpft und flucht und ärgert sich,  
Daut dem Steiger auf den Tisch:  
Gottverdammt! Nun endlich Schluß!  
Ich höre nicht mehr einen Schuß!

Und als Janek andern Tags  
Mürrisch nach dem Bütt gegangen,  
War mit einem kleinen Bißch  
Seine Nummer überhangen.  
„Janek,“ sprach der Alte fast:  
„Du wirst langsam faul und alt.  
Neh' du wieder nur nach Haus,  
Freundschaft ist es — aus.“

Janek, der in Wohlfaht stempelt,  
Dat sich mächtig umgetrempelt:  
Er sah, daß, was er tat, nur Peite,  
Wart den Herrgott auf die Seite,  
Wart die „Vergewacht“ dann hinaus,  
Nahm die „Arbeiter-Zeitung“ ins Haus.  
Und trotz der Alten Ach und Weh,  
Wurde er Mitglied der SPD.

## Auf Arbeiter nimmt Bahndirektion keine Rücksicht

Ein Bergmann aus Gottesberg schreibt uns: Durch den neuen Sommerfahrplan sind die Bergleute schwer geschädigt worden. Fröh 4 Uhr sind die ersten schon auf den Betten, um mit dem ersten Zuge zur Arbeitsstelle zu fahren. Mittags müssen sie auf dem Dittersbacher Bahnhof bis 13,15 Uhr warten, denn um diese Zeit geht der Arbeitszug erst von hier nach Rothenbach. Die Kumpels sind also volle zwölf Stunden unterwegs. Früher fuhr der Zug schon 12,45 Uhr von Dittersbach ab, auch die Wäderzüge fuhren früher; jetzt geht der erste Wäderzug erst 12,45 Uhr und der zweite 13,05 Uhr ab. Damit diese Züge schneller zum Ziele kommen, müssen die abgearbeiteten und hungrigen Kumpels unnötig die Zeit vergeuden. Es ginge Abhilfe zu schaffen, wenn man den ersten Wäderzug etwas früher abfahren ließe, und gleich nach diesem den Arbeiterzug. Es wäre Sache der Eisenbahndirektion Breslau, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und schnellstens Abhilfe zu schaffen. Man kann nicht von den Kumpels, die durch die Stilllegung des Oberen Reviers gezwungen sind, die Eisenbahn zu benutzen, verlangen, daß

ke neben ihrer schweren Grubenarbeit noch zwölf Stunden wegs sein sollen.

## Betriebsberichterfasser gesucht

Ein Arbeiter aus der Porzellanfabrik Sopflena schreibt uns: Der letzte über unsere Fabrik in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Artikel hat sehr gut gewirkt. Die Herren Gewerkschaften haben mehrere Tage hintereinander im Betriebe herumgeschweifelt und versucht, den Verfasser des Artikels festzustellen. Auch mich hatte man im Verdacht gehabt, nur deshalb, weil ich als Kommunist bekannt bin. Zum Glück ist es so, daß der Verfasser des Artikels vor einer eventuellen Entlassung sicher ist, da er außerhalb des Betriebes steht.

Heute wird nur noch 30 Stunden gearbeitet. Es ist höchste Zeit in unserem Betrieb, den Kampf gegen die Mäktände zu organisieren. Das Antreibersystem spottet bei uns jeder Beschreibung. Die Löhne sind äußerst niedrig. Jeder gibt es auch einige Schwarzer. Der Betriebsrat ist äußerst passiv. Er empfiehlt den Arbeitern des öfteren, die verhängte Strafe zu bezahlen, um einer eventuellen Entlassung zu entgehen. Nun, bei der nächsten Betriebsratswahl werden die Kollegen schon dafür sorgen, daß in den Betriebsrat

## Weißstein

Steuern im Jahre 1929

Amlich wird bekanntgegeben: Laut Gemeindebeschluss vom 9. 4. 1929 (durch die Aufsichtsbehörden genehmigt am 24. 5. 1929, 6. 6. 1929) werden für das Rechnungsjahr 1929 folgende Gemeindesteuerzuschläge erhoben: a) 350 Prozent der staatlichen Steuer vom Grundvermögen, b) 1100 Prozent der Gewerbesteuer vom Ertrage, zugleich eines Zuschlages von 20 Prozent für Fiktal- pp. Betriebe; c) 3420 Prozent des Grundbetrages nach der Lohnsumme, zugleich eines Zuschlages von 20 Prozent für Fiktal- pp. Betriebe.

## Nazis haben die Hosen voll

Ein Arbeiter aus Freiburg schreibt uns: Die Angst vor den Arbeiterkäufen läßt sie unter den Fittichen der Polizei verschwinden — nämlich die Nazistrolche, denn anders kann man sie nicht nennen. Diese Woche wurden die Anschlagplakate mit den Nazi-Propagationsplakaten verunstaltet. Zum Teil wurden sie schon von Kindern abgerissen, denn ich glaube kaum, daß sich noch ein Erwachsener daran die Finger beschmiert. Das Neue, womit die Nazis jetzt häufter gehen und damit die Arbeiterchaft verwirren wollen, ist, daß man jetzt, genau wie vor dem Faschismus in Italien, der Arbeiterchaft die kommunistische Lösung (Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!) vor die Nase setzt. Kann es eine größere Demagogie geben? Denkt euch einen Lubendorff oder Hilser oder die Fabrikbesitzer als Arbeiter und diese Junker als Bauern! Nein, ihr Nazis, euer Schwindel ist doch zu groß, denn er wurde auch in Freiburg am Freitagabend danach eingeschätzt von den Arbeitern. Einige Arbeiter machten sich den Späß und erzählten den Nazis ein Märchen, daß am Freitagabend der „Anker“ von Arbeiterkäufen geräumt wird, daß 300-400 auswärtige Genossen und Kameraden erscheinen werden, und — prompt waren die Hosen voll. Aus allen Ecken und Himmelsrichtungen wurden diese Banditen zusammengezogen. Auch wurde der Vorsitzende Stelzer bei der Polizei wegen Schutz

vorstellig. In voller Kriegsausrüstung machte er auf die Polizei, wo er eine Viertelstunde verweilte und mit militärischer Ehrenbezeugung Abschied nahm. Pünkt 7 Uhr erschien im Saale des „Ankers“ der Polizeimeister mit fünf Mann; einer wurde vor dem Saale postiert, die andern im Saale verteilt. Der Bürgermeister Präf er gab seine Anweisungen. Arbeiter, ihr seht, das Publikum arbeitete mit der Polizei klapp doch habellos. Aber verehrte Polizei, wo wart du denn in der stürmischen Versammlung, wo du aufgeföhrt wurdest, den Strocheln die Gummihüpfel und Schlagringe abzunehmen? An 30 Gummihüpfel habe ich selbst gezählt. Die Arbeiterchaft weiß wenigstens jetzt, was sie von den Ordnungshütern zu erwarten hat. Arbeiter, zieht die Lehre daraus, denn dieses Spiel wurde auch in Italien durchgeführt. Daß euch nicht betören von den Nazi-Parolen. Sie können doch nicht gegen ihre Geldgeber vorgehen. Tragt auch nicht eure sauer verdienten Groschen zu dem Geschäftsmann, welcher sie direkt oder indirekt unterstützt, sondern zu denen, die in unserer Presse und in der „M.Z.“ inserieren. Vor allem aber unterstützt unsere Presse, werbt Leser für die „Arbeiter-Zeitung“, und der nächste Schritt ist in die Kommunistische Partei, wo ihr zu Klassenkämpfen erzogen werdet.

## Niederschlesien

### Görlitz

#### Oberstaatsanwalt Otto rüftet zur neuen Blamage

Die wachsende Revoluzionierung der Arbeiterchaft und die sich daraus entwickelnde Revolutionierung derselben zwingt den kapitalistischen Staat zu gesteigerten Maßnahmen zur Unterdrückung dieser Bestrebungen. Eines der wichtigsten Instrumente in diesem Kampfe gegen die Arbeiterchaft ist die Justiz. Unzählige sind die Prozesse wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Wer nicht ohne Widerstand den Polizeihüpfel über sich ergehen läßt, wird vor das Klassengericht geschleift. Die Schandurteile gegen die Berliner Arbeiter, die es gewagt haben, am 1. Mai zu demonstrieren, zeigen deutlich, wie sich die Klassenjustiz als Werkzeug der kapitalistischen Gesellschaft an revolutionären Arbeitern rächt. Auch die Görlitzer Staatsanwaltschaft hat die günstige Gelegenheit erlkannt, und hat, wie schon bei „Kufnuths“ erhoben. Am 1. Juni wurde bereits eine neue Anklage erhoben, gegen Görlitzer Erwerbslose Anklage wegen

wegen unbefugten Munitionsbesitzes gegen drei Arbeiter erhoben. Grund der Anklage ist der angebliche Munitionsfund in einem Wandbühnen im Hause der Geschäftsführer der Fiktale der Schleifischen Verlagsgesellschaft. Beweismittel ist das Zeugnis des Kriminalbetriebssekretärs Witzel.

Witzel ist der „tüchtige Beamte“, der gleich den dastenden Schlüssel zum Definieren des Wandbühnen an seinem Schlüsselbunde hatte. Der Vertreter der Anklage ist der durch seine Blamage im Wobus-Prozeß bekannte Oberstaatsanwalt Otto. Wie den Arbeitern nach in Erinnerung sein dürfte, beantragte Oberstaatsanwalt Otto gegen den Arbeiter Wobus, der angeblich einem Stahlhelm die Ringe weggenommen haben sollte, wegen „Straßenraubes“ fünf Jahre Zuchthaus. Dieser Antrag war selbst den bürgerlichen Richtern zuviel und sie mußten einen Freispruch tätigen. Herr Oberstaatsanwalt Otto hatte sich glänzend blamiert. Nun rüftet dieser Knechtliche Staatsanwalt zur neuen Blamage.

Es bleibt der regen Phantasie dieses Oberstaatsanwalts vorbehalten, sich etwas Passendes zusammenzureimen; die zweite Blamage dürfte ihm nicht erspart bleiben. Otto scheint manchmal an Gedächtnischwäche zu leiden, wenn er gegen seine Klagenoffenen, wie den Major Müller von der Jakobstraße, Anklage erheben soll. Die Arbeiter haben den Fall des Majors Müller, bei dem anfänglich einer Hausdurchsuchung größere Mengen Munition gefunden wurden, nicht vergessen, und wir fragen öffentlich bei Oberstaatsanwalt Otto an, wann er die Anklage gegen den Major Müller erheben wird. Sollte gegen Major Müller keine Anklage erhoben werden, beweist dieser Fall auf's deutlichste, daß die Staatsgewalt nur dazu benutzt wird, die Arbeiter mit Hilfe des Werkzeugs Justiz niederzuschlagen. — Klassenjustiz!

### Niesky

#### Die Mandatsverteilung nach der Gemeindevahl

Nach dem am Sonntag stattgefundenen Wahle — über deren Ergebnis wir gestern berichteten, — verteilen sich die Sitze im Gemeinderat wie folgt: SPD. 2, SPD. 3, Bürgerliste 10.

### Bergheim

Freitag Stadtverordnetenversammlung. Am kommenden Freitag um 17 Uhr tagt die nächste ordentliche Stadtverordnetenversammlung. 21 Punkte stehen auf der Tagesordnung. Die Anwesenheit der Bür-

gehülften Affeldt und Preiß als ständige Angestellte hat man für die geheime Sitzung vorgesehen. Befürchtet man etwas? Weiterhin ist aus einer Mitteilung des Magistrats zu ersehen, daß der Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion auf Erhöhung der Unterstützung für Armengeheimempfänger abgelehnt worden ist. Merkt euch das, Kollegen!

### Legnitz

#### Der Bandelegierte mit dem „einnehmenden“ Wesen

Auf der Baustelle Körner (Tiefbau) war es nach zweiwöchiger Arbeit möglich, zwölf Renaufnahmen für die freien Gewerkschaften

## „Gehören Sie zum Salz der Erde?“ Zur „Kultur“ der Modeblätter

Im Wartezimmer meines Zahnarztes lese ich immer Modeblätter. Bis ich dann randomme, ist mir jedesmal schon so schlecht, daß mir selbst in dem fatalen Stuhl nichts mehr passieren kann.

Die Redakteure dieser Blätter — oder sind es Redaktinnen? — bewozugen die Leserkräften wie „Kpart“ und besonders reizvoll — oder auch „Schid und mondän“; jede Neuerung — und sie verkünden täglich Neuerungen — nennen sie „amüßant“, und wenn eine Abonnentin nach Paris gefahren ist, wird ihre Photographie mit dem Eifektura im Hintergrund veröffentlicht. Außerordentlich beliebt sind femer Aufnahmen von gänzlich unbekanntem Filmchauspielerinnen, die mit einem Bobbymädchen und langem, weißem Ma-

trofenzanzug gekleidet auf einem großen Hund reiten. Man nennt das „Aus der Gesellschaft“.

Jedoch die Autoren, Photographen und selbst die Leserin der Modenzeitsungen sind nur ein mögliches Nichts gegen die Inszenten. Was die zusammendichten, ist einfach zum Köhen! Ich bin ein abgeklärter, alter Mann, der harte Worte sonst nicht liebt, aber diesmal kann ich mich wirklich nicht anders ausdrücken.)

Da ist z. B. eine amerikanische Fabrikantin von Mitteln zur Schönheitspflege, durch die jede Frau unsehbar jung, schön und begehrenswert wird. Zählt man sie zu den entzündenden Frauen oder zum „Salz der Erde?“ fragt diese poetische Fabrikantin, um darauf zu antworten: „Im Leben jeder Frau gibt es Momente, wo nur ein neuer Hut oder ein neues Kompliment das von den gewichtigen Dingen dieses Lebens niedergedrückte Gemüt wieder erheben kann. Der neue Hut wird Sie kleiden, das neue Kompliment, ob erwartet oder nicht, wird Ihnen spontan gezahlt werden, wenn Sie Ihre Haut jugendstrahlend und gesund erhalten durch die Anwendung einer zweckmäßigen Pflege und Behandlung.“

Derartige Trümmel ist beiseite nicht nur amerikanischer Herkunft; auch im Volk der Dichter und Denker werden ähnliche Stillblüten erzeugt. „Einen klaren und lieblichen Teint“, meint eine geschäftstüchtige Berlinerinnen, „werden Sie nur durch wissenschaftlich richtige Pflege mit richtigen Präparaten erhalten.“ Solche Präparate empfiehlt sie u. a. „Zum Heben, Lösen und Befestigen von fadenenden, beultigen Wangen und Halsen.“ (Was mag das nur bedeuten, „Wangen zu lösen“?)

Ich will nicht viel zitieren, sonst könnte ich noch Dutzende von Inszenten wiedergeben, aber meine Leser brauchen hoffentlich nicht alle auf den Zahnarzt vorbereitet zu werden. Die Versuchung ist allerdings groß, noch von „Büstenberichtigung“ zu erzählen oder auch von dem Agellad, „der den Nägeln sofort einen juwelenartigen, funkelnden Glanz“ gibt. Auch die Damenbinde, durch die „Frauen, die dem Selbstmord nahe waren, neuen Lebensmut gewannen“, ist nicht abel.

Aber am schönsten ist vielleicht die Firma, die Garbfarbe „in den jarten Passelblöhen Ihrer Puderfarbe, gnädige Frau“, anbietet.

Da bleibt einem die Spude weg, nicht wahr? Aber unsereins ist eben bloß „Salz der Erde“, normal und mit durchschnittlichem Geschmac, ohne die höhere Kultur, die eine Mischung von Geld, Courtis-  
Kopler, Nichtstun, Langeweile und Eitelkeit ist.

Die Jolen  
Mahren Buch:  
Arbeiter, gebt der Partei Hilfe  
damit sie die Hinterbliebenen  
der Opfer des Mai-Blutbades  
und die vielen Inhaftierten  
unterstützen kann  
Ihrer Partei Pflicht  
ist solidarisch!  
Muff Rodz

Gleiwitz

Mit dem Motorrad in die Straßenbahn

Am Sonnabend fuhr der Tischlermeister Vogel auf der Teufelsstraße in die Straßenbahn. Er wurde zu Boden geschleudert und erlitt schwere Verletzungen.

UOB-Unfallmeldestelle

Die Kolonne der Arbeiter-Samariter-Bundes gibt hiermit bekannt, daß die Unfallmeldestelle Bernsdorferstraße 5 durch Umzug nach der Turmstraße 3, 3. Etage, verlegt wurde.

Noch 3313 Arbeitslose in Gleiwitz

Der amtliche Bericht besagt, daß die Besserung der Arbeitsmarktlage in Gleiwitz anhält. Die Zahl der offenen Stellen sowie der Vermittlungen hat etwas zugenommen.

Mindenburg

Sitzung des Stadtausschusses

Am Freitag, dem 21. d. M., 9 Uhr, findet im Sitzungszimmer des Magistrats eine Sitzung des Stadtausschusses statt.

Beuthen

Nächste Stadtverordnetenitzung

Die nächste Stadtverordnetenitzung findet am Montag, dem 24. Juni, 17.30 Uhr, im Sitzungssaal des alten Stadthauses statt.

Ratibor

Aus dem Plantawert

Vor kurzem tagte im Lokal „Rau“ eine Belegschaftsversammlung der Planta-Werke, der eine Abteilungsbelegschaftsversammlung vorausgegangen war.

balla. Die Planta-Arbeiter erkennen immer mehr den arbeitserfindlichen Charakter der sozialdemokratischen Funktionäre.

Rußlandbege in den Schulen

Mit allen Mitteln gehen die Pfaffen daran, die Hirne des Proletariats zu vergiften. Selbst in den Schulen versuchen sie außer dem Religionsunterricht noch weiteren Gift den Kindern einzuschütten.

Das Preußen-Konkordat

Nach der Geheimhaltung die Durchführung

Von Peter Massow

Das Preußenkonkordat ist von Otto Braun und Nuntius Pacelli unterzeichnet worden. Sein Inhalt ist veröffentlicht. Seine Genehmigung durch die Reichsversammlung des Preußischen Landtages ist sicher.

Sehen wir uns zunächst den Inhalt des Konkordats näher an. Breslau und Paderborn werden neben Köln, Erzbistümer Berlin und Aachen bekommen einen Bischof.

Dabei wird nicht nur mehr Geld versprochen, sondern es werden in dem Wortlaut des Konkordats auch ausdrücklich „Dienstwohnungen in zu Diözesanzwecken dienenden Gebäuden“ der Kirche als Eigentum überlassen.

Jeder weiß, daß solche Baulichkeiten Millionenobjekte sind. Gerade die unbestimmte Fassung wird die Kirche veranlassen, alle möglichen zu Diözesanzwecken dienenden Mittel und Einrichtungen zu fordern.

„Das Eigentum und andere Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen der katholischen Kirche an ihrem Vermögen nach Maßgabe der Verfassung des Deutschen Reiches gewährleistet werden.“

Damit und durch die noch folgende Bestimmung, daß alle kirchlichen Zwecken dienenden Grundstücke der Kirche ohne weiteres überlassen werden, werden, ohne eine Zahl zu nennen, nicht Millionen, sondern Milliardenobjekte der Kirche garantiert.

Zunächst das Recht der Besteuerung, das schätzungsweise der katholischen Kirche in Preußen allein 50 bis 60 Millionen einbringt. Dann das Recht der Steuerfreiheit für die „toten Hand der Kirche“.

Ausführung ihrer Kinder mit päpstlichem Gift. Arbeitereltern, entzweit darauf mit Abmeldung ihrer Kinder aus dem Religionsunterricht.

Schwurgerichtsperiode

Die dritte Schwurgerichtsperiode am Landgericht Gleiwitz beginnt am 27. Juni d. J. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Gräßler.

Werbt für die Arbeiter-Zeitung

mit Millionensummen subventionierten Einrichtungen, aus den Einrichtungen, aus Verpachtung kirchlichen Grundbesitzes usw. Immer wieder muß daran erinnert werden, daß ja allein der Wert der Konkordats-Einrichtungen in Deutschland auf 1,2 Milliarden Mark geschätzt wird.

Warum, ist jedem klar: Man braucht den Schwinkel von der Garmlosigkeit, um besonders die sozialdemokratischen Arbeiteropposition gegen das Konkordat totzuschlagen. Was nun die kulturpolitische Seite anbelangt, so sind in der Tat solche weitgehenden Schulbestimmungen wie im bayerischen Konkordat diesmal nicht vorhanden.

Jünger als zu irgendeiner Zeit früher verwachsen in unserem Zeitalter des Imperialismus die Kirche und der kapitalistische Staat zu einer reaktionären Einheit gegen das Proletariat.

Verenigte Theater Lobe-Theater Thalla-Theater. Von Sonnabend, den 15. 6. bis Sonnabend, den 22. 6. täglich 20.15 Uhr.

Stadttheater Breslau (Opernhaus). Theater- und Musik-Wache. Dienstag, 19.30 Uhr. 4. Tag.

Schauspielhaus. Operettenbühne Tel. 36300. Täglich 20 Uhr. Beste Gastspiele des Kammerjägers Serge Abranovic Friederite.

Radrennbahn Grünziche. Mittwoch, den 19. Juni, abds. 8 Uhr bei elektrischer Beleuchtung. Sawall - Krewer Thollembeck Benoit - Thomas.

Bitte probieren Sie die vorzüglichen „Hennig-Fabrikate“ in den Pavillons des Johannisfestes und der Wuwa.

Nützliche Bekanntmachungen von Weißstein. Die Beglaubigung der Akten, Invaliden, Witwen, Waisen- und Unfallrenten.

Quabis-Brot macht Wangen rot. Überall erhältlich.

PEUVAG BERLIN. Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-A.-G. Breslau 10, Tröbnitzer Str. 50 / Telefon 23887. DRUCKSACHEN für den Privat- und den Geschäftsbedarf.

